

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 250 Mark. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anführungs- betriebe 500 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1000 M., unter Eingeladn 1500 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Redaktionsleiter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatskassen und der Landesfakturrentenkass, Jahresbericht und Rechnungsbuch der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 133

Montag, 11. Juni

1923

Krisenluft in der Entente.

England droht Frankreich mit einer Neuorientierung seiner Politik.

London, 11. Juni. „Oberbel“ und „Sunday Times“ betonen, daß die britische Regierung das neue deutsche Memorandum zum Ausgangspunkt einer endgültigen Regelung mache. Nach Information des diplomatischen Vertreters des „Oberbel“ findet eine bedeutende Sitzung des englischen Kabinetts morgen vormittags statt. Baldwin hat bekannt, daß bei den augenblicklichen Methoden Frankreich ein Abkommen vollkommen unmöglich sei und daß die für Europa entscheidende Frage viel wichtiger sei als die englisch-französische Freundschaft. Das Kabinet werde morgen vormittags über das deutsche Angebot sowie über die Möglichkeit einer Vereinbarung mit Frankreich beraten. Aber das deutsche Angebot selbst sei die Ansicht der Regierung etwa die, daß der von Deutschland angebotene Beitrag der Jahreszahlungen unzulänglich sei und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands unklar sei, jedoch nicht seine spätere Zahlungsfähigkeit. Dies sei aber nicht die dringende Frage, um so mehr, als die deutsche Regierung alle notwendigen Unterlagen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zur Verfügung stelle, was nach britischer Ansicht zu einer Regelung führen werde. Der französische Standpunkt sei für die britische Regierung vollkommen unannehmbar. Werde darauf bestanden, so bleibe kein anderer Weg als der vollkommene Bruch zwischen Frankreich und England. Man solle es in London für ausgeschlossen halten, daß die zwölf Millionen Mark in Höhe der Reparationszahlungen in Frankreich einbezahlt werden. Auch keine deutsche Regierung könne das versprechen. Wenn Poincaré aber seine Nachfolger unüberdacht bei dieser Politik bleiben, so sei sicher, daß die britische Politik in Europa eine vollständige Neuorientierung suchen werde.

hat. Deutschland wolle alles wirtschaftlich überhaupt möglich tun, und die Haltung Frankreichs ist daher der englischen Welt unverständlich. Die französische Forderung auf Einstellung des passiven Widerstandes hält man für vollkommen undurchführbar. In einflussreichen Kreisen wird erklärt, daß, wenn eine gemeinsame Aktion unmöglich sei, die Frage einer unabhängigen Aktion akut werde, die eine vollständige deutsche Wirtschaftskrise noch verhindern könne. Nach der „Daily Telegraph“ erklärt, daß die französische Forderung auf Einstellung des passiven Widerstandes von negativer Art sei und keineswegs den Weg für zweckdienliche Erweiterungen eröffne.

Französisch unbeherrschbar. Keine Verhandlungen ohne Aufgabe des passiven Widerstandes.

Paris, 10. Juni. „Temps“ schreibt zur Frage der Neuorientierung des deutschen Memorandums, in London, Brüssel und Rom sei man darüber informiert, daß Frankreich eine gemeinsame Note der Alliierten unterzeichnen werde, wenn die Antwort sich darauf beschränke, die Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen. Frankreich könne sich aber öffentlich nicht einer Antwort anschließen, in der die deutschen Vorschläge einer Prüfung unterzogen würden, solange der passive Widerstand nicht aufgehört habe. Wenn man den Wunsch ausdrückt, daß England sich mit Belgien, Frankreich und Italien darüber einig, die Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen, so mache man damit keineswegs den Versuch, den Entscheidungen vorzugreifen, welche die englische Regierung hinsichtlich des sachlichen Inhalts des deutschen Memorandums treffen werde. Wenn dagegen England von Frankreich verlange, daß es die deutschen Vorschläge einer Prüfung unterziehe, so würde England damit der französischen Regierung nahelegen, die Politik zu verfolgen, die Frankreich bis jetzt befolgt habe, und sich selbst eine Niederlage beibringen.

Was Poincaré verlangt.

Paris, 10. Juni. Nach dem „Devoir“ sollen die Erklärungen von Poincaré, die er am Freitag vor den vereinigten Senatsausschüssen gegeben hat, keinen günstigen Eindruck gemacht haben. Er habe keine Argumente vorgebracht, die an dem einigermassen bestimmten Ausschuss einer ziemlich großen Anzahl von Senatoren etwas änderten. Die „Matin“ berichtet, daß Poincaré u. a. erklärt haben, der deutsche Widerstand müsse beendet, die deutschen Reparationszahlungen annulliert und für alle eine Amnestie bewirkt werden, die mit Belgien und Frankreich zusammenarbeiten haben. Die Sachleistungen müßten wieder aufgenommen werden. Hinsichtlich des Loses der Ausgewiesenen verlange Poincaré die Anerkennung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden.

Paris, 11. Juni.

Die „Tribune“ schreibt zur diplomatischen Lage, in der Note, die Poincaré nach London habe übermitteln lassen, spricht er den Wunsch aus, daß das englische Kabinet sich den Kabinetten von Brüssel und Paris anschließen und die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet fordern werde. Wenn den Alliierten diese Genugtuung gewährt werde, sei die französische Regierung durchaus geneigt, an einer interalliierten Konferenz teilzunehmen, die zur Aufgabe hätte, die Reparationsfrage zu erörtern. Leider habe Poincaré sich nicht bereit gefunden, ein größeres Entgegenkommen zu zeigen, und beziehe sich, nachdem er sich kaum zu dem erwähnten Schritt verstanden habe, ihn durch Vorbehalte wieder rückgängig zu machen, die das Londoner Kabinet nicht annehmen könne. Der erste der Poincaréschen Vor-

behalte bestimme, daß die Konferenz sich streng an das französische Januar-Memorandum halten müsse, der zweite, daß die gemeinsame Antwort sich auf eine von sämtlichen Alliierten an Deutschland ergehende Aufforderung zu beschränken habe, dem passiven Widerstand ein Ziel zu setzen. Diese gebietlichen Ansprüche, die für die Alliierten gegenüber den Alliierten gegenüber bezeichnend seien, würden ohne jeden Zweifel von Baldwin und seinen Hauptkollegen nicht angenommen werden. Wenn man, so sagt „Le Nouvelliste“, von vornherein einfach über die Vorschläge eines Baldwin und eines Mac Kenn-

hinweggehe, werde man die Ungeschicklichkeit vom Januar-Memorandum getrennt wiederholen.

Amerika bleibt fern.

Paris, 10. Juni. Havas berichtet aus Washington: Entsprechend der in offiziellen Kreisen bereits zum Ausdruck gebrachten Auffassung wird im Weißen Hause erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich auf einer internationalen Reparationskonferenz nicht betreiben lassen würden, wenn eine solche einberufen würde.

Reichskanzler Cuno zum Memorandum.

Münster, 10. Juni. Gestern abend fand in Ehren des Reichsverbandes der deutschen Presse ein Empfangsabend statt, der von der Stadt Münster im Saale des historischen alten Rathhauses veranstaltet war. An diesem Empfangsabend nahmen Reichskanzler Dr. Cuno und der Reichsarbeitsminister Dr. Brüning teil. Nach der Begrüßung durch den Oberbürgermeister von Münster Dr. Sperling, des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Gronowski und des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse Chefredakteur Baedeker ergab der Reichskanzler Dr. Cuno das Wort. Er sagte u. a. folgendes:

Borgestern haben wir den Mächten unser Memorandum als Ergänzung zu der Note vom 2. Mai übergeben. Ich begreife die Spannung und Ungebuld, mit der unser Schritt erwartet worden ist. Es ist ein natürlicher Schritt auf dem Wege, den die Regierung von Anfang an gegangen ist. In dem westfälischen Provinzialparlament zu Münster habe ich einen Tag nach dem Ruhrstreik die Grundlinie dargelegt:

Die Lösung der Reparationsprobleme, um jeden Preis die deutsche Staatssicherheit und der deutschen Wirtschaftskraft zu verbleibenden Preis, das ist das Ziel, die Währungsfrage in offener, ehrlicher und gleichberechtigter Verhandlung der Weg, den diese Regierung sich vorgezeichnet hat.

Nichts ist unterlassen worden, was der Lösung dieser Aufgabe dienen konnte. Unser Angebot in London, unser Vorschlag für Paris, die zwischen beiden liegenden Bemerkungen, zu einer Aussprache zwischen französischer und deutscher Jura zu kommen, das Angebot eines besonderen, friedensichernden Abkommens aber das Rheinland sind die Folgen dieses Willens.

Die Antwort auf diese geschäftlichen Bemerkungen war der Entschluß französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet und Überschreitung aller Grenzen, die rechtlich, räumlich und sachlich das Rheinlandabkommen der Besetzung lag.

Seitdem kam zu dem ersten Zeitpunkt der Lösung der Reparationsfrage ein zweiter, noch größerer: es galt, alle Kraft anzusammeln, um für Rhein und Ruhr die Wiederherstellung des Rechtszustandes zu erreichen, alles fernzuhalten, was der Bevölkerung in ihrer selbstgewählten und selbstgewählten Abwehr als eine Vertreibung und Schwächung erscheinen könnte, alles zu tun, um die suchenden Leiden zu lindern, die alle Schichten der Bevölkerung des besetzten Gebietes trugen.

Diese erste und ursprüngliche Aufgabe, unserem Volke und Lande wieder zur Freiheit und zum Frieden zu verhelfen, haben uns die Bemerkungen um die Lösung der Reparationsfrage verdoppelt. Lange Stunden wir der völligen Ablehnung jeglicher Verhandlungen auf Seiten Frankreichs gegenüber; lange hat auch keine andere Macht dem suchenden Ange- einen Anhalt, an dem wir hätten einsehen können,

bis die bekannte Unterhandlung des englischen Staatssekretärs des Äußeren und gleichzeitige Ratsschläge der italienischen Regierung eine neue Möglichkeit gaben. So ergab sich folgerichtig der Schritt, den wir am 2. Mai getan haben.

Wir konnten dabei, wenn wir ehrlich bleiben wollten, nicht über den Rahmen hinausgehen, in dem wir für die Pariser Konferenz und in späteren Erklärungen unsere Leistungsfähigkeit nach gewissenhafter Prüfung und Überzeugung umrissen hatten. Um wahr zu sein, konnten wir und nicht auf das Finanzielle allein beschränken, sondern mußten die Hand in die Wunde legen, die dieser noch als die ungelöste Reparationsfrage nicht bloß im Herzen eines jeden Deutschen, sondern auch am Wirtschaftskörper Deutschlands brennt; ich meine den Einbruch in deutsches Gebiet mit dem aus ihm folgenden Wirtschaftskrieg, dessen Beendigung wir zusammen mit Vereicherung der Unbereitschaft des Rheinlandes durch das Angebot friedensichernder Vereinbarungen erreichen wollten und gerade um der wirtschaftlichen Reparationskraft Deutschlands willen erreichen mußten.

Die Antworten, die wir erhielten, sind Ihnen bekannt: Frankreich machte uns zum Vorwurf, daß die deutsche Note der zum vordringlichen Ausdruck einer systematischen Auffassung gegen den Vertrag von Versailles sei.

Aber dieser Vorwurf selbst sieht ausdrücklich die Möglichkeit der Ermäßigung oder des Aufhebens der festgesetzten Schuldverpflichtungen nach Maßgabe der deutschen Leistungsfähigkeit und Hilfsmittel vor. Es war auch richtig, wenn die französische Note das deutsche Angebot den 132 Milliarden des Londoner Zahlungsplanes gegenüberstellte; denn diese bedeuten nur einen Nennwert, nicht einen Zeitwert. Sodann war es unrichtig, daß Deutschland nicht schon während des Moratoriums nach Maßgabe seiner Kräfte mit Entleistungen beginnen wollte.

Der Vorschlag endlich, eine internationale Kommission über die deutsche Leistungsfähigkeit und die aus ihr folgenden Möglichkeiten zu bestanden, ist aus der Reparationskommission selbst hervorgegangen, wozu gleich im Mai 1922 eine internationale internationale Finanzkommission verständiger infolge des Eingreifens des französischen Ministerpräsidenten unverrichteter Sache wieder auseinandergegangen mußte.

Die englische und die italienische Antwort eröffnen eine Möglichkeit der Fortsetzung des Meinungs-

austausches. Seitdem ist alles geschehen, um die politische Lage zu erforschen und dem schweren verantwortlichen Schritt einen günstigen Boden zu schaffen. Im eigenen Gewissen hat die Regierung den härtesten Mut zur Beilegung dieses Schrittes angesichts der unerhörligen Leiden des besetzten Gebietes und der steigenden Schwierigkeiten auch im unbesetzten Gebiet. Den Blick auf Rhein und Ruhr gerichtet, haben wir

England kann die Fortdauer der Besetzung nicht billigen.

London, 10. Juni. „Westminster Gazette“ sagt: Da, wie erklärt wird, Mac Kenn einen von Baldwin und Curzon gebilligten Plan zur Frage der Reparationen und der alliierten Schulden hat, sei es wünschenswert, daß er so schnell wie möglich in die Lage komme, seinen Absichten Wirksamkeit zu verleihen. Auf dieser Seite des Kanals werde nicht mehr gewünscht als die Gelegenheit zu einer Vereinbarung mit Frankreich zu gelangen. Aber, wenn eine solche Vereinbarung davon abhängig gemacht werde, daß England die Fortdauer der Besetzung des Ruhrgebietes billige, so sei dies unmöglich, aus dem einfachen Grunde, weil Deutschland, wenn sich das Ruhrgebiet in französischen Händen befindet, beim besten Willen keine Hilfsquellen nicht entwickeln und es keine Schulden nicht bezahlen könne. Bevor diese Antwort an Deutschland erteilt werde, sei es äußerst wünschenswert, daß die Alliierten untereinander beraten. Wenn Mac Kenn mit seinen Kenntnissen der Hilfsquellen der City im Besitz des Schiffs zur Lage sei, so müsse er sicher einer der britischen Vertreter auf dieser etwaigen Konferenz sein.

Die Aufgabe des passiven Widerstandes undurchführbar.

London, 10. Juni. Der Finanzredakteur der „Times“ befragt den ausgesprochenen günstigen Eindruck, den das deutsche Memorandum in der City hervorgerufen